- Abfallentsorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge und darf der kommunalen Selbstverwaltung nicht entzogen werden.
- Eine zügige EU-Harmonisierung mit hohen ökologischen Ansprüchen ist die Grundlage für eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft.
- Ein Ziel linker Politik ist die konsequente Umgestaltung der Abfallwirtschaft zu einer energieeffizienten Ressourcen- und Wertstoffwirtschaft.
- Recycling ist die Grundlage zukunftsorientierter Entsorgungswirtschaft. Grundlage des Recycling ist das Trennungsgebot, je größer die Vermischung desto höher der Aufwand. Fördertechnisch sollte auf werkstoffliche Wirtschaftskreisläufe mit deutlich regionalem Bezug orientiert werden.
- Die Entwicklung neuer Werk- und Verbundstoffe muss gleichsam von Risikotechnologien einer Technikfolgenabschätzung unterzogen werden. Für die notwendige Technikfolgenabschätzung ist der gesamte Produktlebenszyklus insbesondere hinsichtlich Materialeffizienz, Emissionen, Primär- und Sekundärenergieverbrauch, Schadstoffgehalt / Gefährdungspotential und nicht zuletzt Recyclingfähigkeit zu bewerten.
- In der Entsorgungswirtschaft sind Strukturveränderungen notwendig, um den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft voranzubringen. Recyclate stellen einen positiven Marktwert dar und sind nicht als aufbereitete Abfälle sondern als Produkte bzw. Halbzeuge gesetzlich zu definieren. Es ist dringend notwendig, den Absatzmarkt für Recyclate zu verbessern.

Wir fordern

1. integrierte Abfallvermeidung statt „End-of-Pipe“-Technologien, Begrenzung statt Wachstum, Technikfolgeabschätzung statt ungehinderte, wertfreie Technologieentwicklung und ganzheitliche Materialwirtschaft statt Einzelmaßnahmen als Eckpfeiler NEUER Politik
2. Primärmaterialverbrauchsabgabe bzw. -steuer (Produkten mit Recyclaten wären deutlich besser) und eine Klimaschutzabgabe bzw. -steuer (die stoffliche Verwertung in Kreisläufen würde gegenüber der thermischen Verwertung deutliche Impulse erhalten) zur Erhöhung der Ressourcenökonomie

Ökologische Plattform bei der LINKEN *2020*
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel: 030 / 240 09 - 538
Fax: 030 / 241 10 46
Mai: oekoplattform@die-linke.de
Web: www.oekologische-plattform.de
Zugehörigkeit erklären:
kontakt@oekologische-plattform.de

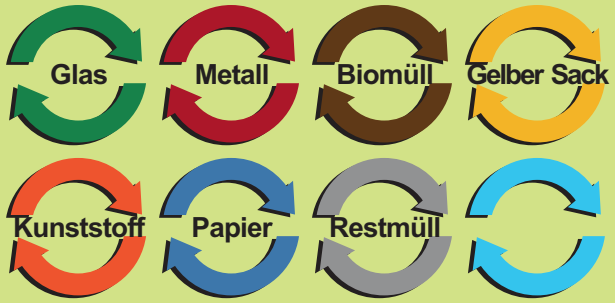
klimaneutral
powered by ClimatePartner
Druck | ID: 13709-1503-1001
klimaneutral gedruckt auf Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

Ökologische Plattform

DIE LINKE.

Abfallwirtschaft

in öffentliche Hand



- kommunal, weil es öffentliche Daseinsvorsorge ist
- ressourcenschonend, um generationengerecht zu sein
- regional, um die Wertschöpfung vor Ort zu behalten
- energieeffizient, weil Klimaschutz wichtig ist

Welche gesetzlichen Grundlagen gibt es?

Das 2012 novellierte Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) setzt die Abfallrahmenrichtlinie der EU um.

Es gilt eine 5stufige Hierarchie:

1. Vermeidung
2. Vorbereitung zur Wiederverwendung
3. Recycling
4. Verwertung *(z. B. energetische Verwertung)
5. Beseitigung

Die Umsetzung in nationales Recht erfolgt unter folgenden Kriterien:

- allgemeine Umweltschutzgrundsätze,
- Vorsorge und Nachhaltigkeit,
- technische Durchführbarkeit
- wirtschaftliche Vertretbarkeit
- Schutz von Ressourcen
- Gesamtauswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit

Weitere wesentliche Neuerungen sind:

- Vorgabe von Recyclingquoten (ab 2020 70 %, in Deutschland zur Zeit 64 %)
- flächendeckende Einführung von Biotonnen *Bei der Verwertung der Bioabfälle sollte die Vergärung als Beitrag zum Klimaschutz in den Fokus gerückt werden.
- verstärkte Wertstofferfassung

Das Ansinnen der EU ist es, der öffentlichen Hand mehr Spielräume in der Verwertung von Abfällen zu geben. Dem gegenüber stehen lobbyistisch geprägte privatwirtschaftliche Strukturen in Deutschland.

Abfallvermeidung beginnt bei der Produktion

Der einfachste Weg, Abfälle zu vermeiden, sind weniger "Billigware" zu kaufen sowie die Verlängerung der Produktlebensdauer. Doch Profitstreben der Hersteller, immer kürzere "Innovationszyklen" und aggressive Werbung wirken dem entgegen.

Die "geplante Obsoleszenz" (=Einbau von Sollbruchstellen) wurde in Frankreich nach dem neuen Energiewendegesetz strafbar. In Deutschland wartet die Regierung ab.

Ökologische Probleme bei der Abfallverwertung.

Obwohl seit 2005 keine unbehandelten Abfälle mehr deponiert werden dürfen, bleiben Deponien noch immer nicht zu unterschätzende Methanquellen. Bei vielen Alt-Deponien gast Methan, das für das Klima 21-Mal schädlicher als CO_2, uneingeschränkt aus. Sickerwässer müssen aufwändig gereinigt werden. Insgesamt bedarf es noch mindestens einer Generation, um das Deponiezeitalter zu überwinden.

Mit der 2stufigen Restabfallbehandlung entstehen Ersatzbrennstoffe (EBS) mit einem höheren Heizwert als Rohbraunkohle. Die Verbrennung in reinen EBS-Kraftwerken kann energetisch sinnvoll sein, am besten in Kraft-Wärme-Kopplung. Trotzdem werden hochwertige Wertstoffe, insbesondere Kunststoffe vernichtet, die besser in (regionalen) Kreisläufen genutzt werden sollten.

Das Kunststoffrecycling spart zwischen 3,7 und 5,2 mal mehr Energie als bei einer thermischen Verwertung nutzbar ist; bei Papier beträgt der

Faktor 2,7 ... 4,3. Verbrennung / thermische Verwertung ist nicht nur Ressourcenvernichtung, sondern auch Energieverschwendung. Trotz der Grenzwerte für Dioxine und Furane werden diese in Hauptwindrichtung solcher Anlagen stetig in den Nahrungskreislauf von Mensch und Tier eingetragen.

Positionen der Ökologischen Plattform zur Abfallwirtschaft:

- Die höchste Priorität gehört der Abfallvermeidung. Eine überzeugte Abfallvermeidungshaltung ist für VerbraucherInnen in der Regel immer noch mit Verzicht oder höheren Preisen für Produkte und Dienstleitungen verbunden. Das neue KrWG fordert die Erstellung von Abfallvermeidungskonzepten.